

Autor: Von Stefan Schmitz
Seite: 24 bis 33
Rubrik: Titel

Jahrgang: 2023
Nummer: 38
Auflage: 350.146 (gedruckt)¹ 310.374 (verkauft)¹
 313.903 (verbreitet)¹
Reichweite: 3,77 (in Mio.)²

Mediengattung: Zeitschrift/Magazin

¹ IVW 2/2023

² AGMA ma 2023 Pressemedien II

AUF GEHT'S, DEUTSCHLAND!

Unser altes Geschäftsmodell funktioniert nicht mehr. Wir brauchen Mut und gute Ideen, um den Wohlstand des Landes zu retten. Der stern hat Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft gefragt, wie das gelingen kann

„Uns bremst nicht die Regulierung, sondern der Umgang mit ihr“

Eigentlich ist Deutschland gut aufgestellt, um bei der künstlichen Intelligenz vorn mitzuspielen. Wir haben eine exzellente Grundlagenforschung und technologisch starke Unternehmen. Was uns fehlt, ist Mut. Ein Beispiel: Wenn Krankenkassen die Gesundheitsdaten ihrer Versicherten umfangreicher mithilfe von künstlicher Intelligenz analysieren ließen, könnten sie ihren Kunden eine maßgeschneiderte Vorsorge anbieten. Das würde der Gesundheit nützen und Geld sparen. Wer so eine Idee vorschlägt, hört in Deutschland oft: geht nicht – wegen des Datenschutzes. Die Europäische Datenschutzgrundverordnung gilt allerdings in der gesamten EU. Andere Länder finden Wege, mit privaten Daten verantwortungsvoll umzugehen und sie trotzdem für KI-Anwendungen zu nutzen. Uns bremst nicht die Regulierung, sondern der Umgang mit ihr. Aus Angst, etwas Falsches zu machen, tun wir oft lieber gar nichts. Um das zu ändern, sollten wir die Führungsetagen in Unternehmen diverser besetzen. Menschen aus anderen Kulturen gehen anders mit Risiken und Fehlern um – davon können wir alle profitieren.

„Ein kaputtgespartes Land ist nicht lebenswert“

Spätestens Corona, Krieg und Inflation haben es auch glühenden Verfechtern gezeigt: Haushalte von Bund und Ländern, die unter dem Diktat der Schuldenbremse stehen, funktionieren nicht. Deshalb wurde die Schuldenbremse in den vergangenen drei Jahren ausgesetzt, und daran sollten

wir jetzt festhalten. Die Schuldenbremse muss abgeschafft oder zumindest grundlegend reformiert werden, um mehr Investitionen möglich zu machen. Dass dafür Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat notwendig sind, ist klar. Aber wir haben noch zwei Jahre Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl. Wann, wenn nicht jetzt, sollten wir die Reform der Schuldenbremse angehen? Wie dringend eine solche Reform ist, zeigt der riesige Investitionsbedarf in Bildung, Gesundheit, Digitalisierung, Wohnen, Verkehr, Energie und Klimaschutz. Ein kaputtgespartes Land ist nicht lebenswert. Wenn wir jetzt nicht ausreichend investieren, burden wir den jüngeren Generationen in der Zukunft nur immer mehr und immer größere ungelöste Probleme auf.

Vielleicht sollte man an der Grenze zur Schweiz Warnschilder anbringen. Kurz vor Basel stünde am Straßenrand: Achtung, jetzt kommt ein Land, das sich die meisten Deutschen leider nicht mehr leisten können. Norwegen ist für sie auch eine No-go-Area, Island sowieso. Sogar Oberitalien sollten preissensible Urlauber umfahren. Die Iren erwirtschaften inzwischen pro Kopf ziemlich genau doppelt so viel wie die Deutschen. Selbst wenn man allerlei Bilanztricks der dort sitzenden Konzerne abzieht, bleibt es dabei: Wir werden ärmer, sowohl absolut als auch im Vergleich zu anderen. Die Bundesrepublik ist die einzige große westliche Industrienation, der der Internationale Währungsfonds für dieses Jahr kein noch so klitzekleines Wachstum voraussagt. Dafür ein Minus von 0,3 Prozent.

Das klingt nicht nach Absturz. Aber es

zeigt, dass wirtschaftliche Stärke zerbrechlich ist. Argentinien zum Beispiel war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eines der reichsten Länder der Erde. Nichts – oder fast nichts – ist vom Wohlstand geblieben. Kann uns das auch passieren? Es muss nicht so kommen, aber einen Neuanfang braucht nicht nur der deutsche Fußball.

Das hat nichts damit zu tun, dass die Menschen in Deutschland weniger fleißig oder talentiert wären als früher. Hansi Flick ist ja auch kein schlechterer Trainer als Jupp Derwall. Aber die Bedingungen haben sich geändert. Das alte Modell Deutschland hatte drei Grundlagen, allesamt wie geschaffen, um der Nation die Kassen zu füllen: Sicherheit war billig zu haben, weil die US-Amerikaner es mit ihrer furchterregenden Armee ermöglichten, für die Bundeswehr nur das Allernötigste aufzuwenden. Vor allem aus Asien kam alles billig und verlässlich per Container ins Land, um Fabriken mit Vorprodukten zu versorgen. Aus denen ging dann Edeldware „made in Germany“ wieder hinaus in die globalisierte Welt – etwa nach China, wo Volkswagen noch im vergangenen Jahr 40 Prozent seiner Autos verkaufte. Schließlich und drittens lieferte Russland preiswerte Energie, die unsere Wirtschaft in Schwung und die Wohnungen auf Temperatur hielt.

So hätte es weitergehen können. Doch nichts davon ist mehr, wie es war. Das zwingt uns, Neues zu wagen und vieles besser zu machen. Nun ist etwa die Forderung nach weniger Bürokratie weder frisch noch überraschend. Aber dringender als in guten Zeiten ist sie heute schon. Es schadet auch nicht, wenn die

Bahn regelmäßig fährt und Brücken so beschaffen sind, dass man mit einem Windradflügel auf dem Schwerlasterdüberfahren kann – wenn der Transport denn irgendwann genehmigt wird. Der Kanzler redet von „Deutschland-Pakt“ und „Deutschland-Tempo“. Jetzt muss aus den Worten nur noch eine Wende werden.

Die kann tatsächlich funktionieren, wie ein stark strapaziertes Beispiel zeigt: Vor über 20 Jahren druckte das britische Magazin „Economist“, das klug und böse ist, ein Bild des urdeutschen grünen Ampelmännchens. Es schob einen Infusionsständer neben sich her. Deutschland war der „kranke Mann Europas“. Der Patient ist dann schnell genesen, was vor allem an der Therapie lag – an Reformen, die undenkbar schienen, aber letztlich geholfen haben. In einer aktuellen Titelgeschichte gehen die Briten nun milder mit uns um. Sie raten nicht zu Infusionen, sondern eher zu einer Art Kur, um wieder in Form zu kommen.

„Unsere Ambition muss die beste Infrastruktur der Welt sein“

Die Transformation sollte so gestaltet werden, dass Firmen gern in klimafreundliche Projekte investieren – weil es sich für sie lohnt! Die Transformation zur Klimaneutralität sollte ein Geschäftsmodell sein, ein Anreizsystem und keine Belastung durch komplizierte und lähmende Regulierungen. Die Amerikaner zeigen, wie es geht: Der Inflation Reduction Act ist so einfach wie bestechend. Er bietet Steuererleichterungen abhängig von der CO₂-Reduzierung, die mit einer Investition erzielt wird. Das ermöglicht den Unternehmen niedrige Herstellungskosten und stellt somit den international wettbewerbsfähigen Betrieb von klimafreundlichen Investitionen sicher. Ein Geschäftsmodell, bei dem ich mit CO₂-neutraler Produktion Geld verdienen kann – da ist jeder Unternehmer dabei. Wir sollten die Infrastruktur ausbauen und der Gesellschaft kostenfrei stabile und leistungsfähige Netze zur Verfügung stellen, damit Grünstrom von der Küste bis zu jedem Standort in Deutschland gelangen kann. Unsere Ambition muss sein, die beste Infrastruktur der Welt zu haben. Dadurch entstehen neue Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand – nach dem Vorbild des deutschen Wirtschaftswunders in den 1950er-Jahren. Wir wür-

den auch eine hohe Gerechtigkeit für die notwendige Transformation hin zur klimaneutralen Gesellschaft schaffen – denn alle profitieren von leistungsfähigen Verkehrs- und Digitalnetzen sowie von Strom- und Wasserstoffnetzen, die der Industrie die klimaneutrale Transformation ermöglichen.

„Der Import großer Mengen Wasserstoff ist entscheidend“

Um die Klimaziele in allen Sektoren möglichst effizient und sozial ausgewogen zu erreichen, sollte der Emissionshandel geschärft und die Einnahmen als Klimageld pro Kopf an die Bevölkerung zurückgegeben werden. Damit wäre sichergestellt, dass die Klimaziele durchgesetzt werden und regulatorische Unsicherheit reduziert wird. Deutschland sollte hier im Rahmen des nationalen Emissionshandels in den Bereichen Wärme und Verkehr vorangehen und so die Voraussetzungen schaffen, auch in Europa zu den treibenden Kräften zu gehören. Global sollte angestrebt werden, die wachsenden Importe klimaneutraler Energieträger zu nutzen, um auch den Exportländern Zugang zu klimafreundlicher Energie zu ermöglichen. Insbesondere der Import großer Mengen Wasserstoff ist entscheidend, um der energieintensiven Industrie in Deutschland eine Zukunftsperspektive zu bieten – nur wenn die Unternehmen damit rechnen können, dass Wasserstoff in ausreichenden Mengen zur Verfügung steht, werden sie hier investieren.

„Trainingsrückstand“ ist die Diagnose, auf die sich das Konsil der Experten in den vergangenen Monaten verständigt hat. Aber wie kann das Land fit werden für die härteren Wettbewerbsbedingungen in der neuen Welt? Der *stern* hat dazu kluge Köpfe befragt – siehe die Texte auf diesen Seiten. Etwa den BASF-Vorstandsvorsitzenden Martin Brudermüller, der fordert, dass Firmen davon profitieren, wenn sie den Kohlenstoffdioxid-Ausstoß reduzieren. Oder die Soziologin Jutta Allmendinger, die vorrechnet, wie die 32-Stunden-Woche funktionieren kann.

Man muss nicht alle Ideen großartig finden, aber sie zeigen, was möglich wäre, wenn das Land seinen Mut zusammennimmt. Erstaunlich einig scheinen sich alle Befragten in einem Punkt: Es muss etwas passieren, wenn wir dem Schicksal der einst reichen Argentinier ent-

kommen wollen. Allein das ist schon eine bemerkenswerte Erkenntnis.

Ihren Ursprung kann man in jeder Nachrichtensendung sehen. Da gibt es Berichte über Drohnenangriffe auf Kiew, über Manöver im Indopazifik, unfassbare Regenfälle in Griechenland oder über Mittelständler mit lebensgefährlichen Stromrechnungen – aber die allein erzeugen noch keinen klaren Eindruck davon, was sich für Wirtschaft und Staat in Deutschland geändert hat: so ziemlich alles.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine lässt die Militärausgaben drastisch ansteigen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass auch das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro bei Weitem nicht reichen wird. Im Moment sind zudem die USA der mit Abstand größte Lieferant der ukrainischen Streitkräfte; doch niemand weiß, ob das nach den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr so bleiben wird. Die Europäer könnten gezwungen werden, sich sehr bald selbst um die Sicherheit auf ihrem Kontinent zu kümmern. Das würde dann ziemlich teuer.

Gleichzeitig steuert China wie Russland in eine Auseinandersetzung mit dem Westen. Chinesische Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe demonstrieren Stärke und Entschlossenheit in der Straße von Taiwan – das die Volksrepublik als abtrünnige Provinz betrachtet. Spätere Invasion nicht ausgeschlossen. Nach den Erfahrungen mit Russland muss daher schon jetzt die Abhängigkeit von China verringert werden. Das ist gerade wichtiger, als es die Kosten der von dort importierten Produkte sind. Für jede Lieferung soll es Alternativen geben, selbst Vorratshaltung – vor Kurzem noch ein geächtetes Wort – scheint ausgesprochen sinnvoll. Das alles kostet Wohlstand. „Ein Fokus auf befreundete Staaten ist hierbei jedoch nicht zielführend“, warnen die Wirtschaftswissenschaftlerinnen Veronika Grimm und Christina von Rügen. Man müsse ja nur in die USA schauen, um zu sehen, dass sich auch westliche Demokratien erratisch verhalten können.

„Wir brauchen Weitsicht und einen langen Atem“

Alle vier Jahre wechselt Deutschland seine Ziele. Das kann nicht gut gehen. Weder die Technikunternehmen im Silicon Valley noch Chinas Batterieindustrie haben ihre Überlegenheit in einer Wahlperiode erreicht. Wir brauchen wieder Weitsicht und einen lan-

gen Atem. In der Schweiz sind, anders als bei uns, die Straßen in Ordnung. Denn in der Schweiz gibt es das Bundesamt für Straßen (Astra), das unabhängig von Wahlperioden und Regierungen über Jahrzehnte die Budgets für die Infrastruktur verwaltet. Da kann nicht mal schnell ein Finanzminister in die Kasse greifen, um ein Finanzloch zu stopfen. Wir müssen uns auch neu organisieren und Politikern Kompetenzen entziehen. Warum kein „Astra“ gründen mit einem 20-Jahres-Budget für die Entwicklung des selbstfahrenden Autos? Ein Bündnis aus deutscher Autoindustrie, chinesischen Hightech-Unternehmen, Forschungsinstituten und Autovermietern, um zum Weltmarktführer für autonome Autos aufzusteigen: Das wäre mehr wert als die paar Milliarden der Ampel für Batterie- und Chipfabriken.

„Wenn wir neugierig bleiben, verfallen wir nicht der Angst“

Die wichtigste Frage aktuell ist, inwieweit wir die Transformation selbst gestalten und wie sehr sie durch den zunehmend drastischen Klimanotfall über uns hereinbricht. Damit der Gestaltungsraum für Ersteres groß ist, brauchen wir vor allem eine Eigenschaft: Neugier. Was uns Menschen von allen anderen Lebewesen unterscheidet, ist unsere Vorstellungskraft. Wir können uns Dinge ausmalen, die noch nicht da sind – auch eine bessere Welt. Wenn wir neugierig bleiben, verfallen wir nicht in eine angstgetriebene Kultur, in der wir lediglich verhindern wollen, dass sich etwas verändert, weil Dinge wegfallen oder teurer werden. Das Umschwenken in den Neugier-Modus ist aber leichter gesagt als getan. Denn obwohl wir alle neugierig geboren werden, wird unsere Neugier durch gesellschaftliche Strukturen und Normen häufig verdeckt. Wir brauchen also mehr Raum zum Ausprobieren, zum Entdecken und freien Entwickeln. Führungskräfte können das aktiv fördern, zum Beispiel indem sie ihren Mitarbeitenden Zeit geben, ihren echten Interessen nachzugehen. Und indem sie auf Fehler nicht mit der Schuldfrage reagieren, sondern Fehler als Teil des notwendigen Lernprozesses sehen. Dann trauen sich Menschen, ihrer Neugier nachzugehen. Und kommen von allein auf gute Zukunftsideen.

„Innovation muss konsequent belohnt werden“

Die Weltuntergangsprognosen finde ich übertrieben. Aber einige Themen sollten wir dringend mehr in den Blick nehmen, um die Marke Made in Germany zu stärken. Erstens muss Innovation konsequent belohnt werden. Auch die kleinen Schritte, die Produkte immer besser machen – besonders wenn es dabei um das Wohl von Patienten geht. Ohne die kontinuierliche Verbesserung bereits zugelassener Medikamente kann es keinen medizinischen Fortschritt geben. Wir brauchen ein Finanzierungsgesetz für die gesetzlichen Krankenkassen, das dies auch honoriert. Außerdem werden Gesetze und Auflagen oft viel zu kurzfristig formuliert. Uns betrifft das zum Beispiel bei den per- und polyfluorierten Chemikalien (PFAS), die wir unter anderem für die Produktion von Materialien für Computerchips oder in der Arzneimittelproduktion brauchen. Wir müssen die möglichen Auswirkungen von PFAS auf Mensch und Umwelt sehr ernst nehmen. Aber diese Stoffe sind in vielen Produkten nur schwer gegen nachhaltigere Lösungen auszutauschen. Deshalb sollte der Staat bei der Regulierung genau abwägen, an welchen Stellen die Chemikalien ersetzbar und an welchen sie aktuell noch relevant sind – auch für den digitalen und grünen Wandel wie bei der Computerchip-Produktion. Die Abwägung muss in allen Bereichen immer wieder stattfinden, denn sonst werden durch Verbote Innovationen ausgebremst.

„Weniger auf formale Qualifikationen und mehr auf Fähigkeiten achten“

Achtzig Prozent der CEOs der 100 größten deutschen Unternehmen kommen aus privilegierten Verhältnissen. So sieht Chancengleichheit nicht aus. Dabei würden auch die Unternehmen davon profitieren, wenn sie etwas dagegen täten. Sie können dem Fachkräftemangel entgegenwirken, indem sie Menschen aus finanzschwachen oder nicht akademischen Familien beim Aufstieg begleiten. Denn haben es diese Menschen einmal geschafft, aus den Strukturen auszubrechen, sind sie wertvolle Fach- und Führungskräfte, die besonders resilient, lösungsorientiert und durchsetzungstark sind. Personalverantwortliche können Menschen, die sonst durchs Raster fallen, gezielt ansprechen, ein-

stellen und fördern. Dafür müssen sie weniger auf formale Qualifikationen und mehr auf Fähigkeiten und Kompetenzen achten, sich für ungerade Lebensläufe öffnen und sich sehr bewusst mit den eigenen Vorurteilen auseinandersetzen.

Wenn es wirklich drauf ankommt, scheint das eigene Land am sichersten. Auch deshalb gibt die Bundesrepublik viele Milliarden für die Ansiedlung von Chipfabriken in Magdeburg und Dresden aus. Der Mangel an Halbleitern, die vor allem in China und Taiwan gefertigt werden, hatte in vergangenen Krisen ganze Produktionen lahmgelegt.

Ob das Kalkül aufgeht? Die meisten Ökonomen sind eher skeptisch. Aber nach ihren Regeln funktioniert die Welt ohnehin nicht mehr. Die USA setzen auf Protektionismus und Subventionen, damit die Jobs im Land bleiben oder dorthinkommen. China, das ökonomisch unter Druck steht, versucht alles, um seine Industrie zu stärken. Und auch die Europäische Union hat Regeln gelockert, um eine Wirtschaftsförderung zu ermöglichen, die eigentlich gegen alle Regeln ist – zum Beispiel für die erwähnten Chipfabriken, aber auch für die Fertigung von Batteriezellen oder die Wasserstofftechnologie. In Amerika wie in Europa gibt es riesige Milliardenprogramme mit Namen, die nach Klimaschutz, Pandemiebewältigung und Inflationsabwehr klingen, die aber in Wirklichkeit auch dazu da sind, Firmen und Fabriken anzulocken.

Endgültig vergangen scheint die Zeit vor der großen Finanzkrise, in der man im Grunde darauf vertrauen konnte, dass in einer globalisierten Wirtschaft jeder seinen Profit sucht und Politik und Ideologie erst weiter unten auf der Agenda stehen. Es geht immer noch um Geld, klar. Aber mehr als zuvor geht es inzwischen auch um Macht, um Politik, um Einfluss und manchmal vielleicht sogar um künftige Kriege.

Die Folgen spürt die ganze Wirtschaft – insbesondere aber spüren sie die Unternehmen, die viel Energie benötigen und dafür einen Preis zahlen, der hochpolitisch geworden ist. Vor allem Gas wird gebraucht für die Zeit, bis genug Windräder, Solaranlagen und Wärmepumpen vorhanden sind. Dazu riesige Mengen Strom, der zurzeit zu großen Teilen noch aus fossilen Energieträgern stammt. Die Liste der Branchen, die nur mit besonders viel Energie gedeihen, reicht von der Metallerzeugung über die

Futtermittelherstellung und die Verarbeitung von Steinen und Erden bis zu Grundstoffen. Etwa jeder vierte Industriejob gehört dazu.

„Deindustrialisierung“ lautet das Schreckenswort der Mahner. Meistens folgt im nächsten Halbsatz der Hinweis, wer alles über eine Verlagerung der Produktion ins Ausland nachdenke oder ohnehin dem Untergang entgegensehe. Ganz neu ist das alles nicht. Mit dem gleichen Argument sind die Regierenden schon immer unter Druck gesetzt worden.

Der zuständige Wirtschaftsminister Robert Habeck reagierte beim neuen Talk-Format STERN STUNDE in der vergangenen Woche mit einer Art Doppelstrategie: Ja, es muss viel passieren, versicherte er – und machte zugleich klar, dass Deutschland trotz alledem und immer noch ein starkes Land sei und alle Chancen habe.

Gerade in Habecks Ressort liegen die größten Aufgaben: Ganz zentral ist die Abkehr von fossilen Brennstoffen, die nicht nur das Klima ruinieren, sondern wegen der hohen Preise auch die Bilanzen der Unternehmen. Zumindest ist das so, wenn der Staat nicht hilft – etwa mit einem subventionierten Preis für Industriestrom, worüber in der Koalition heftig diskutiert wird. Wer soll profitieren? Wie lange? Soll die Chemiefabrik, die im internationalen Wettbewerb steht, bekommen, was der Bäckerei verweigert wird? Erkennbar wird der Weg in eine Welt ohne Kohlendioxid nicht nur beschwerlich sein, sondern auch verschlungen und teuer.

„Der Brückenstrompreis kann für Planungssicherheit sorgen“

Die Strompreise in Deutschland liegen deutlich höher als in den USA und anderswo. Das ist ein Grund, warum sich Industrieunternehmen gegen den Standort entscheiden. Es gibt die begründete Hoffnung, dass die Strompreise in den kommenden Jahren wieder sinken werden. Dafür sorgt der Ausbau der Solar- und Windenergie in Kombination mit den großen Kapazitäten beim Bezug von Flüssiggas. Aber bis die Marktpreise für Strom spürbar sinken, wird es noch dauern. Industriebetriebe brauchen jetzt Planungssicherheit. Dafür kann der Brückenstrompreis sorgen, also eine staatliche Vergünstigung der Stromkosten von energieintensiven Unternehmen. Wenn alles nach Plan läuft, schafft er sich im Laufe der kommen-

den Jahre von selbst wieder ab. Sinken die Marktpreise für Strom nicht wie geplant, dann muss der Brückenstrompreis spätestens 2030 auslaufen, und die Industrie würde wohl aus Deutschland verschwinden. Aber jetzt müssen wir erst mal darum kämpfen, dass die Unternehmen bleiben und hier in die Transformation investieren.

„Wir müssen Normalverdiener fördern“

Seit dem Zinsanstieg 2022 fordert die Wohnimmobilienbranche, der Bund müsse ihr helfen. Ich sehe es anders: Bezahlbare Häuser und normalverdienende Menschen müssen gefördert werden. In den letzten Jahren hat der Markt fast jede unternehmerische Dummheit im Wohnungsbau geheilt. Grundstücksverkäufer, Projektentwickler, Banken und – durch die Grunderwerbsteuer – Länder haben unmäßig Geld verdient. Das Eigenheim wurde für viele zu einer Selbstverständlichkeit. Das ist vorbei. Schläuer Wohnungsneubau lässt sich nur noch realisieren, wenn alle bereit sind, sich zurückzunehmen. Ich plädiere seit Langem für einen Erlass der Grunderwerbsteuer beim ersten Haus, egal ob Eigennutzung oder Vermietung. Damit wir nicht die Gießkanne über alle – auch die, die es finanziell nicht brauchen – ausgießen, bin ich für eine Obergrenze: Erlass der Grunderwerbsteuer bis 500 000 Euro. Was darüber hinausgeht, wird versteuert. Wohnen zu diesem Verkaufspreis ist machbar – durch serielles Bauen, das die Ampel schon im Koalitionsvertrag anstrebt. Ausgereift, schnell umsetzbar, bezahlbar: Unser Unternehmen und einige Mitbewerber machen das seit Jahren. Wenn die Länder dann auch noch schneller Baugenehmigungen aussprechen, dann gewinnt ganz Deutschland. Nur wenn viele Wohnungen gebaut werden, kann sich der Wohnungsmarkt entspannen. Egal, ob Miete oder Eigentum.

„Wir müssen alle Formen von Arbeit im Blick haben“

Die allermeisten von uns arbeiten viel. Ein Teil dieser Arbeit wird bezahlt, ein Teil bleibt unbezahlt. Die bezahlte Erwerbsarbeit ist ohne die unbezahlte Sorgearbeit nicht zu denken. Gleiches gilt umgekehrt: Die Erwerbsarbeit ist ein zentraler Pfeiler unseres Wohlstands. Durch sie erwirtschaften wir die Mittel, die wir zum Leben brau-

chen. Wir müssen also alle Formen von Arbeit im Blick haben. Und wir müssen an Haushalte, nicht nur an Individuen denken. Zweimal 39 Stunden Erwerbsarbeit von beiden Elternteilen geht mit kleinen Kindern, zu pflegenden Angehörigen oder Ehrenamt einfach nicht. Würden wir diese Dienste am Arbeitsmarkt einkaufen, würden zusätzliche Fachkräfte im Sorgesektor benötigt, in der Folge würde sich der Fachkräftemangel dort weiter erhöhen. Das oft lapidar hingeworfene Argument, in Zeiten von Arbeitskraftmangel könnten wir uns eine 32-Erwerbsstunden-Woche nicht leisten, trägt also nicht. Wenn wir Erwerbsarbeit und Sorgearbeit fair zwischen den Geschlechtern verteilen, kommen wir mit etwa zweimal 32 Stunden auf deutlich mehr Erwerbsarbeitsstunden als beim traditionellen Ein- oder 1,5-Verdienermodell. Dieser Ansatz ist für unsere Gesellschaft alternativlos und für die Wirtschaft ein Gewinn.

Ökonominen wie Claudia Kemfert fordern zum Beispiel, dass deutsche Autos möglichst bald mit Stahl gebaut werden, der mit grünem Wasserstoff erzeugt wurde. Also mit Wasserstoff, der mithilfe erneuerbarer Energien aus Wasser gewonnen wird. Die Autos selbst werden dann überwiegend keine Verbrenner mehr sein, sondern batterieelektrische Fahrzeuge – was die Produktionsstrukturen völlig verändert und Zulieferer vor gewaltige Probleme stellt, die bislang Teile für Benzin- und Dieselmotoren hergestellt haben. Da steckt in jedem Halbsatz eine gigantische Herausforderung.

Am Ende bleibt als wichtigste Ressource der Mensch. In einer alternden Gesellschaft wie jener der Bundesrepublik fehlt es irgendwann überall an Händen, die anpacken. Und an Wissen, Können, Leidenschaft. In der Pflege ist das heute schon offenkundig; in vielen anderen Branchen auch. Gebraucht werden vor allem Qualifizierte. Wer auf die Beschäftigungsentwicklung in der Autoindustrie und bei deren Zulieferern schaut, der sieht, dass sich die Gesamtzahl der Arbeitnehmer in den vergangenen zehn Jahren nicht dramatisch verändert hat. Aber weniger Männer und Frauen sind direkt mit der Herstellung der Güter befasst. Und viel mehr mit Informationstechnologie oder naturwissenschaftlichen Dienstleistungen sowie dem Management. Die Standorte im Heimatland werden, wie es der Münch-

ner Volkswirtschaftsprofessor Oliver Falck beschreibt, „mehr und mehr zu Zentren der Unternehmensführung und der Forschung und Entwicklung“.

Wenn aber immer mehr erforscht und entwickelt und geleitet werden muss, brauchen die Unternehmen dafür auch Frauen und Männer, die das können. Die jungen Leute, die hier aufwachsen, werden bei Weitem nicht so gut ausgebildet, wie es sein sollte. Und selbst dann würden sie es allein nicht schaffen – es sind schlicht zu wenige. Ausländische Spitzenkräfte anzulocken bleibt allerdings schwierig. Sie kämen in ein Land mit einer vertrackten Sprache, undurchschaubarer Bürokratie und einer rassistischen Partei wie der AfD, die in den Umfragen 20 Prozent erreicht. In einer Umfrage im Auftrag der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft fürchteten mehr Firmen den Fachkräftemangel als steigende Preise. Die fehlenden Leute werden zu einem echten Standortnachteil.

Selbst wenn der Strom subventioniert und die Fachkräfte irgendwie herbeigezaubert würden, würde es kaum gelingen, alle Unternehmen im Land zu halten. Es ist zwar hart für die Betroffenen, aber insgesamt noch kein Alarmzeichen, wenn Altes durch Neues ersetzt wird. Nur eine Massenflucht sollte es nicht werden. Die Textilindustrie ist aus der Bundesrepublik weitgehend verschwunden, einstige Giganten wie der Steinkohlebergbau gehören ebenso der Vergangenheit an. Der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung in Deutschland liegt dennoch recht stabil bei gut 20 Prozent und damit weit über dem in anderen europäischen Staaten. Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat vor einem Jahr fast 600 Unternehmen befragt, wo sie investieren wollen. Knapp die Hälfte plante ausschließlich in Deutschland.

Zumindest die Hoffnung scheint also lebendig, dass die deutsche Wirtschaft wieder fit wird. In München, bei der Mobilitätsmesse IAA, waren vergan-

gene Woche auch die Gegner in der neuen Weltliga zu sehen. Chinesische Hersteller zeigten innovative und preiswerte Fahrzeuge. Dass die tollsten Autobauer eben doch die Deutschen sind, schien da eine Legende aus der Zeit, als die Autos mit Benzin fuhren. Auf den Gängen kursierten Nachrichten wie die, dass unter den zehn meistverkauften Elektromodellen in China keines aus Deutschland sei.

Der Kanzler kam vorbei. Und sprach Volkswagen und Mercedes, BMW und Audi – allesamt Stützen unseres Wohlstands – Mut zu. Sein Blickfeld war durch eine schwarze Augenklappe allerdings etwas eingeschränkt.

Stefan Schmitz hat die Diagnosen über den Zustand der deutschen Wirtschaft zusammengetragen. Catrin Boldebuck, Monika Dunkel, Rolf-Herbert Peters, Johannes Röhrig, Jan Rosenkranz, Martin Schlak, Doris Schneyink und Nele Spandick sammelten die Ideen ein, **Klawe Rzeczy** illustrierte die Strecke. Factchecking: Andreas Mönnich

„Wir brauchen Mut zur Lücke“

Trotz jahrzehntelanger Versuche des Bürokratieabbaus gibt es gerade in Deutschland immer noch viele Beispiele für langwierige Bearbeitungsprozesse, kaum verständliche Formulare, absurde Vorschriften und unflexibles Verwaltungshandeln. Diese Verwaltungsverfahren sollen Rechtsschutz und Einzelfallgerechtigkeit gewährleisten, behindern aber in ihrer Anwendung viele Innovationsprozesse und sind schon lange dysfunktional. So erfordert der Antrag auf eine Windkraftanlage circa 45 Aktenordner, die Bearbeitung dauert in der Regel sechs Jahre. In den Sozialverwaltungen wird manchmal mit einem Kostenaufwand von über 1000 Euro geprüft, ob jemand 50 Euro zu viel erhalten hat. In einem Familienbetrieb im Gastgewerbe fallen etwa 14 Stunden Arbeitszeit pro Woche allein

für Bürokratiepflichten an. Es gibt drei Möglichkeiten, Bürokratie wirklich abzubauen. Wir brauchen Verwaltungsmitarbeiter und vor allem Juristen, die flexibler handeln, Ermessensspielräume wirklich nutzen und sich nicht nur gegen mögliche Kritik von Rechnungshöfen und Gerichten absichern wollen. Dies ist sowohl eine Ausbildungs- als auch eine Führungsaufgabe. Wir brauchen weniger und unkompliziertere Regelungen, mehr Pauschalierungen, die Einführung von Bagatellgrenzen. Dies ist eine Aufgabe, der sich die Politik und die Ministerialbürokratie stärker widmen müssen. Und wir alle brauchen mehr Mut zur „Lücke“ und dürfen nicht immer nach neuen Absicherungsregeln suchen, wenn mal was schiefgeht.

„Die Einwanderung muss einfacher gestaltet werden“

Wir brauchen die Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften nach Deutschland. Wichtig ist, dafür die Schwellen zu senken und die Einwanderung einfacher zu gestalten. Ich wünsche mir dafür einen Digitalisierungsschub – bei manchen Verfahren wird die Bundesagentur für Arbeit immer noch per Post oder Fax eingebunden. Wir brauchen eine leistungsfähige, einheitliche Plattform aller beteiligten Akteure, also etwa der Visastellen, Ausländerbehörden und uns. Außerdem müssen wir in die gesellschaftliche Integration investieren. Gerade Qualifizierte wandern auch wieder ab, wenn sie sich gesellschaftlich ausgegrenzt fühlen. An die Arbeitgeber appelliere ich, aufgeschlossen zu bleiben. Den zunehmenden Fachkräftemangel zu beklagen, die Beschäftigung von ausländischen Fachkräften oder Azubis dagegen zu scheuen, wird nicht funktionieren. Viele Unternehmen haben das bereits erkannt, es müssen noch mehr werden.

Abbildung:

Deutschland, eine Großbaustelle, vom Umstieg auf erneuerbare Energien bis zu einer klugen Einwanderungspolitik

Fotograf:

Illustrationen: Klawe Rzeczy

Wörter:

4127